FRAKTION DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

IM STADTRAT ZU NÜRNBERG

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

SozA

OBERBÜRGERMEISTER
23. JUNI 2008 /..... Nr.....

V	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2 z.w.V.	4 Antwort vor Absendung vorlegen
		5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Wolff´scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 - 2907
Telefax: 09 11 / 231 - 4051
E-Mail: csu@stadt.nuernberg.de
csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

ts/ 20.6.08
Bielmeier

Wohnungs- und Obdachlosenhilfe in Nürnberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die CSU-Stadtratsfraktion stelle ich zur Behandlung im Sozialausschuss folgenden

Antrag:

Die Verwaltung berichtet im Ausschuss über die Situation der Wohnungs- und Obdachlosen in den von der Stadt Nürnberg finanzierten Pensionsunterkünften und nimmt Stellung zu den aktuellen Presseberichten darüber
Dabei ist auch auf die Arbeit der Fachstelle für Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe einzugehen. Darüber hinaus ist die langfristige Kostensituation darzustellen für den Fall der Anmietung bzw. des Erwerbs entsprechender Wohnungen durch die Stadt selbst.

Begründung:

Im April 2002 wurde der Betrieb der städtischen Fachstelle für Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe aufgenommen. Im Juli 2003 wurde im Sozialausschuss über deren Arbeit, ihre Ziele und die damalige Situation in der Unterbringung der Wohnungs- und Obdachlosen berichtet. Bereits damals wurde auf den für die genannte Personengruppe schlechten Wohnungsmarkt hingewiesen. Trotzdem wurde seinerzeit aus guten Gründen an der Zielformulierung der sogenannten „Acht-Wochen-Frist" festgehalten, bis zu der Wohnungslosen wieder eigener Wohnraum beschafft werden sollte. Seitdem hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht entspannt und offensichtlich ist es bis heute nicht gelungen, auf andere Weise den notwendigen Wohnraum zu beschaffen, da sich die Zahl der in Pensionen untergebrachten Personen seitdem nur geringfügig reduziert hat. Außerdem ist es nicht hinzunehmen, dass Wohnungslose in der von der Presse beschriebenen Weise auch nur übergangsweise untergebracht werden. So erscheint es dringlich zu prüfen, auf welche Weise die Stadt in Eigenregie, entweder durch Anmietung oder durch den Erwerb, die Versorgung dieser bedürftigen Personengruppe gewährleisten kann.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Frieser
Fraktionsvorsitzender